

Ingolfur Blühdorn

mit Beiträgen von Felix Butzlaff, Michael Deflorian,
Daniel Hausknost und Mirjam Mock

NACHHALTIGE NICHT-NACH- HALTIGKEIT

Warum die ökologische Transformation
der Gesellschaft nicht stattfindet

2., aktualisierte Auflage

[transcript]

X T E X T E

Aus:

Ingolfur Blühdorn, Felix Butzlaff, Michael Deflorian, Daniel Hausknost, Mirijam Mock

Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit

Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet

Juni 2020, 350 S., kart., Klebebindung

20,00 € (DE), 978-3-8376-5442-4

E-Book:

PDF: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5442-8

Auch wenn die Dringlichkeit einer sozial-ökologischen Transformation zur Nachhaltigkeit längst von praktisch allen Seiten anerkannt wird – moderne Gesellschaften verteidigen ihren Wohlstand und Lebensstil entschieden mehr denn je. Beharrlich wird eine sozial und ökologisch zerstörerische Politik der Nicht-Nachhaltigkeit betrieben. Die Konjunktur des Rechtspopulismus signalisiert, wie sehr das ökologisch-demokratische Projekt vergangener Jahrzehnte brüchig geworden ist. Und die Corona-Pandemie verschiebt die Prioritäten erneut in Richtung Wachstumspolitik und Konsumstimulation.

Dieser Band stellt grundlegende Annahmen der Nachhaltigkeitsforschung und Umweltsoziologie in Frage. Er skizziert neue sozialwissenschaftliche Forschungsperspektiven, um die eigenartige Fortdauer der Nicht-Nachhaltigkeit zu erhellen.

Ingolfur Blühdorn, geb. 1964, ist Professor für soziale Nachhaltigkeit und Leiter des Instituts für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit (IGN) an der Wirtschaftsuniversität Wien. Seine Forschungsschwerpunkte sind Politische Soziologie, Gesellschaftstheorie, der Wandel moderner Demokratien und umweltpolitische Theorie. Von 1995 bis 2015 lehrte er Politische Soziologie an der University of Bath (GB) und hatte Gastprofessuren an verschiedenen internationalen Universitäten inne.

Felix Butzlaff, geb. 1981, ist Universitätsassistent am Institut für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit (IGN) an der Wirtschaftsuniversität Wien. Er hat Politikwissenschaften, VWL und Öffentliches Recht an den Universitäten Göttingen und Santiago de Chile studiert und arbeitet zu Themen der Demokratieentwicklung sowie dem Wandel von politischen Parteien und sozialen Bewegungen.

Michael Deflorian, geb. 1990, ist Research and Teaching Associate am Institut für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit (IGN) an der Wirtschaftsuniversität Wien. Er hat in Uppsala Umweltgeschichte und in Berlin Politikwissenschaft studiert und beschäftigt sich mit neuen urbanen Bewegungen sowie der Transformation der Wachstumsgesellschaft.

Daniel Hausknost, geb. 1975, ist Assistenzprofessor am Institut für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit (IGN) an der Wirtschaftsuniversität Wien. Er hat Politikwissenschaft und Philosophie in Wien studiert und an der Keele University (GB) promoviert. Er arbeitet vorrangig zu Fragen der Transformationsfähigkeit und Nachhaltigkeit moderner demokratischer Systeme und des kapitalistischen Staats.

Mirijam Mock, geb. 1989, ist Research and Teaching Associate am Institut für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit (IGN) an der Wirtschaftsuniversität Wien. Sie hat in Wien Soziologie studiert und einen Master in Development Studies erworben. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Praxistheorie, Sharing Economy, nachhaltiger Konsum und Theorien moderner Gesellschaften.

Weitere Informationen und Bestellung unter:
www.transcript-verlag.de/978-3-8376-5442-4

Inhalt

Ingolfur Blühdorn

Im Zeichen des Virus

Vorwort zur zweiten Auflage 9

Repolitisierung | Hoffnungserzählungen | Simulative Politik |
Sehnsucht nach Normalität | Soziologie der Nicht-Nachhaltigkeit

Am Anfang27

Ingolfur Blühdorn

Haben wir es gewollt?

Vorüberlegung 31

Ingolfur Blühdorn

Kein gutes Leben für Alle!

Annäherung an einen Paradigmenwechsel47

Der *singuläre Moment* und seine Vorgeschichte | Zivilgesellschaft, Staat
und Parteien | Vernunft, Mündigkeit und Verantwortung |
Ein sozialwissenschaftlicher Perspektivenwechsel

Ingolfur Blühdorn

Die Gesellschaft der Nicht-Nachhaltigkeit

Skizze einer umweltsoziologischen Gegenwartsdiagnose 83

Erfolg und Scheitern des Nachhaltigkeitsparadigmas | Neue
Entschlossenheit? | Unsere Freiheit, unsere Werte, unser Lebensstil |
Das nicht-nachhaltige Ich | Zwischenbilanz | Politik der Nicht-
Nachhaltigkeit

Daniel Hausknost

Die gläserne Decke der Transformation

Strukturelle Blockaden im demokratischen Staat 161

Die Unmöglichkeit eines Nachhaltigkeits-Imperativs |

Lebensweltliche Nachhaltigkeit und systemische

Nicht-Nachhaltigkeit | Die soziale Konstruktion der gläsernen Decke

der Transformation | Mögliche Zukünfte

Felix Butzlaff

Der Verlust des Gestaltungsanspruchs

Über Parteien als programmatische Avantgarde einer

gesellschaftlichen Transformation 191

Gestaltungsfähigkeit und Willensbildungsaufgaben |

Steuerungsansprüche und Innenorientierung – Aufgaben von

Programmprozessen und politischen Zieldiskussionen | Umwelt,

Klima und Nachhaltigkeit in Parteiprogrammen | Sind Parteien noch

Schools of Democracy? Zukünftige Forschungsaufgaben

Michael Deflorian

Transformative Bewegungen?

Nischenaktivismus zwischen Management und Überwindung

der sozial-ökologischen Krise 223

Neue soziale Bewegungen und das *Vorher-bilden* einer alternativen

Gesellschaft | Die spätmoderne Gesellschaft und das flüchtig-

flüssige Ich | Das *Immer-wieder-bilden* eines autonomen und

integrierten Selbst | Denkblockaden und Forschungsaufgaben

Mirjam Mock

Verantwortliches Individuum?

Die (Un-)Haltbarkeit der Erzählung von

der Konsument*innenverantwortung 245

Grüne Konsument*innen – die *schlafenden Riesen*? | Zur Problematik

der Erzählung der Konsument*innenverantwortung | Interventionen

in nicht-nachhaltige Konsumpraktiken? | Gesellschaftstheoretische

Annahmen ernst nehmen

Felix Butzlaff

Transformation durch Demokratisierung?

Wertewandel und neue Konfliktlinien 273

Der Wandel des Wertewandels hat schon begonnen | Identitäre
Sehnsucht und neue Ängste | Exklusionsbestrebungen und neue
Gemeinschaften | Denkblockaden und Forschungsaufgaben

Ingolfur Blühdorn

Demokratie der Nicht-Nachhaltigkeit

Begehung eines umweltsoziologischen Minenfeldes 303

Entzauberung und *anti-demokratisches Gefühl* | Dialektik der
Demokratie | Dysfunktionalität und Metamorphose | Metakritik
und Systemaffirmation

Autoren und Autorinnen 345

Im Zeichen des Virus

Vorwort zur zweiten Auflage

Ingolfur Blühdorn

Wenn bereits wenige Wochen nach der Erstveröffentlichung eines Buches eine zweite Auflage vorbereitet wird, kommt man als Autor normalerweise nicht auf den Gedanken, schon ein aktualisierendes Vorwort ergänzen zu wollen. Für wissenschaftliche Bücher gilt dies umso mehr, denn selbst wenn sie zeitdiagnostischen Charakter haben, erheben sie den Anspruch, in ihren Diagnosen und Analysen solide begründet und längerfristig gültig zu sein. Ein aktualisierendes Vorwort erweckt da leicht den Eindruck, man habe bereits das Bedürfnis nachzujustieren, und das wiederum weckt Zweifel an der wissenschaftlichen Haltbarkeit des zuvor Festgestellten. Im Zeichen der Corona-Pandemie jedoch ist alles anders; und in diesem Vorwort zur zweiten Auflage der *Nachhaltigen Nicht-Nachhaltigkeit* geht es auch nicht um Nachjustieren oder Korrektur. Vielmehr hat das Virus eine höchst außergewöhnliche Situation geschaffen, die die Diagnosen dieses Buches noch einmal aktueller macht. Sie unterstreicht erneut die große Bedeutung der Agenda, die das Buch verfolgt, und sie erhebt ein neues Vorwort – nicht wissenschaftlich, aber politisch – geradezu zur Notwendigkeit.

2019 war ein Jahr klimapolitischer Mobilisierung, die kaum größer hätte sein können. Verheerende Hitzewellen und Dürreperioden, riesige Waldbrände in Brasilien, Kanada, Sibirien, Grönland und zuletzt die katastrophalen Brände in Australien machten das Klimathema aktueller als jemals zuvor und hielten es konstant in den Schlagzeilen der medialen Berichterstattung. Greta Thunberg und ihre Fridays for Future-Bewegung politisierten unzählige Schüler*innen und Jugendliche, denen noch gerade nachgesagt worden war, politisch desinteressiert und apathisch zu sein. Die jungen Aktivist*innen fanden schneller denn je und bis an die höchsten politischen Stellen Gehör. Sie gingen

hart mit der Generation ihrer Eltern ins Gericht, deren *neue soziale Bewegungen* das Umwelt-, Klima- und Nachhaltigkeitsthema zwar einst auf die politische Tagesordnung gebracht, die dann aber durch ihre konsumorientierten Lebensstile und ihre zögerliche Politik den folgenden Generationen die Zukunft verheißt hatten. Von der Politik forderte die neue Bewegung jetzt, dass sie die Erkenntnisse und Empfehlungen der Klimawissenschaft unverzüglich und strikt umsetzen müsse, und verbreitet weckte sie große Hoffnungen, dass es mit der großen sozial-ökologischen Transformation, die Umweltbewegungen bereits seit den 1970er Jahren dringend gefordert hatten, nun endlich einen großen Schritt vorangehen würde.

Während der Arbeit an diesem Buch haben auch wir uns immer wieder gefragt, ob diese überwältigende Mobilisierung und Politisierung, die zuletzt sogar dazu führte, dass das Europäische Parlament im November den Klimanotstand ausrief, vielleicht doch die nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit aufbrechen würde. Wir haben auf die transformative Energie der Bewegung gehofft, auch wenn wir aus sozialwissenschaftlicher Sicht an die verbreiteten Hoffnungsnarrative nicht glauben konnten. Gegen Ende des Jahres erschien die neue Klimabewegung dann etwas erschöpft – tief enttäuscht von dem UN Klimagipfel in Madrid, und auch festgefahren in einer unglücklichen Polarisierung zwischen ihren Unterstützer*innen und polemisch-aggressiven Gegenbewegungen, deren Formierung sie selbst provoziert hatte. Es fehlte eine strategische Perspektive, und Beobachter*innen beschlich das Gefühl, dass der Mobilisierungszyklus sich seinem Ende zuneigte, ohne dass in der konkreten Politik schon wirklich Nennenswertes erreicht worden wäre – bis unvermittelt ein Notstand ganz anderer Art hereinbrach, der das Klimathema völlig überlagerte und die Mobilisierung, nicht zuletzt im *social distancing*, zunächst weitgehend erstickte.

Doch obwohl dieser neue Notstand der Corona-Pandemie das Klima- und Nachhaltigkeitsthema tatsächlich auch längerfristig marginalisieren und verdrängen könnte, weil die Priorität nun nicht mehr bei Fragen der mittelfristigen Zukunft, sondern gesundheitspolitisch wie auch ökonomisch bei den Dringlichkeiten der unmittelbaren Gegenwart liegt, rückt er andererseits in völlig neuer Weise Dinge ins Zentrum, die auch für die Nachhaltigkeitsforschung und Klimabewegungen einen hohen Stellenwert haben. Die Corona-Krise macht zwar nichts grundsätzlich Neues sichtbar, sie ruft aber Bekanntes brutal in Erinnerung – wie etwa die soziale Zerstörungskraft des Neoliberalis-

mus oder die Tatsache, dass die am wenigsten privilegierten sozialen Gruppen immer am stärksten von Krisen betroffen sind. Sie beleuchtet diese Dinge aus einer anderen Perspektive, setzt sie in einen anderen Kontext und schafft mit der radikalen Denormalisierung der alltäglichen Praxis und gesellschaftlichen Verhältnisse in der Tat eine Chance zu wirklich transformativer Repolitisierung.

Denn es könnte sein, dass das Corona-Virus die Nachhaltigkeitsdebatte und den Transformationsdiskurs, denen bisher – und das gilt auch für Fridays for Future – immer noch etwas Abstraktes und Bildungsbürgerlich-Elitäres anhaftete, geradezu gewaltsam erdet und in eine für alle nachvollziehbar *soziale* Frage übersetzt. Sie rückt gerade die prekären und flexibilisierten Unterschichten – sowie auch die ältere Generation – ins Zentrum, und schafft Raum für neue Koalitionen, die die bestehende Ordnung der Nicht-Nachhaltigkeit – inklusive der gesellschaftlichen Spaltung, die sie stabilisiert – aus den Angeln heben könnten. Solche Koalitionen sind der einzige Weg für eine demokratische Transformation zur Nachhaltigkeit. Für ihre Herausbildung zeichnete sich bisher aber keine realistische Perspektive ab, trotz der vielfältigen Postwachstumsbewegungen, Fridays for Future, des europäischen Klimanotstandes, der ungezählten sozial-ökologischen Nischeninitiativen und des von so vielen gesellschaftlichen Akteuren gepflegten Bekenntnisses zur Nachhaltigkeit. Überhaupt schienen moderne Gesellschaften bisher kaum steuerungsfähig. Es schien nicht möglich, Politik gegen den Markt zu machen. Dessen Imperative wurden als alternativlos dargestellt, und auch die Demokratie hatte, wie Angela Merkel es ausdrückte, *marktförmig* zu sein. Die Praktiken des Alltags schienen in mentalen und physischen Infrastrukturen so festgelegt, dass ein relevantes Ausbrechen kaum möglich erschien; und darüber hinaus schienen moderne Wertepräferenzen und Selbstverwirklichungsformen der Logik des neoliberalen Systems auch weitgehend zu entsprechen.

Doch der Corona-Notstand denormalisiert sehr vieles und stellt es neu zur Diskussion. Damit schafft er eine vielleicht einmalig günstige Gelegenheit, die grundlegende Erschütterung etlicher für unumstößlich gehaltenen Glaubenssätze, Praktiken und Prioritäten – mit neuen Akteurskoalitionen – für genau die sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft zu nutzen, die Wissenschaftler*innen und soziale Bewegungen zwar schon seit Jahrzehnten gefordert haben, die bisher aber dennoch nicht stattgefunden hat. Ebenso ist es

aber auch möglich, dass die Corona-Krise das Nachhaltigkeitsthema, das sich im Zeichen der beschleunigten Klimaerwärmung in der öffentlichen Wahrnehmung gerade einen zentralen Platz erobert hatte, wieder weitgehend verdrängt und die Politik der Nicht-Nachhaltigkeit noch einmal verfestigt. Denn die Pandemie und ihre wirtschaftlichen Folgen werden selbst die reichsten Länder der Welt aller Voraussicht nach auf Jahre hinaus schwer belasten. Sie könnten die politischen Prioritäten erneut in Richtung Wachstums- und Konsumstimulation verschieben, so dass das ohnehin nur sehr kurze Zeitfenster, das die Klimaforschung sieht, um eine katastrophale Erderwärmung noch zu vermeiden, endgültig ungenutzt bleibt.

In der Gleichzeitigkeit dieser konträren Szenarien liegt die außergewöhnliche Bedeutung der gegenwärtigen Konstellation. Es gibt keinen Determinismus, sondern tatsächlich wohl mehr Offenheit denn je. Aber wenn es gelingen soll, eine erneute Stärkung der Logik der Nicht-Nachhaltigkeit im Zeichen des Virus zu verhindern, dann ist es unbedingt nötig, über die Ursachen der bisher beeindruckend nachhaltigen Nicht-Nachhaltigkeit noch sehr viel mehr Klarheit zu bekommen. Die Gründe, warum die sozial-ökologische Transformation bisher nicht stattgefunden hat, müssen noch viel heller ausgeleuchtet werden, ebenso wie auch die Mechanismen, mit deren Hilfe die Ordnung der Nicht-Nachhaltigkeit stabilisiert und ihre sozial-ökologischen Konsequenzen gesellschaftlich verarbeitet werden. Genau hier einen Beitrag zu leisten, war von Anfang an die Zielsetzung dieses Buches. Es will damit die Grundlagen schaffen, um aus der nachhaltigen Nicht-Nachhaltigkeit vielleicht doch einmal auszubrechen. In der gegenwärtigen Lage ist das wichtiger denn je, und das verdient, an dieser Stelle noch etwas gründlicher ausgeführt zu werden.

Repolitisierung

Ein Indiz dafür, dass eine sozial-ökologische Transformation jetzt vielleicht tatsächlich möglich werden könnte, ist vor allem, dass der Corona-Notstand die Doktrin des Marktliberalismus bis in die Grundfesten erschüttert, und zwar international. Nach einer langen Phase der Entpolitisierung und Post-Politik bringt das Virus eine radikale Denormalisierung, die zu einer Neuverhandlung vieler schon lange nicht mehr zur Debatte stehenden Glaubenssätze nicht nur die Gelegenheit gibt,

sondern sie geradezu erzwingt. Der Ausgang dieser Neuverhandlung ist offen, aber eine Rückkehr zum Status Quo Ante wird es sicher nicht geben. Gerade in den Vorreiterstaaten des Neoliberalismus und bei den Opfern der Spardiktate nach der Finanzkrise zeigt sich die verheerende Wirkung dieser Ideologie nun besonders deutlich. Sie wird nicht nur in der Unfähigkeit der privatisierten Gesundheitssysteme und der ausgezehrten sozialstaatlichen Infrastruktur erkennbar, die Bürger*innen angemessen vor den gesundheitlichen und ökonomischen Risiken zu schützen, sondern auch in der Auszehrung und Zerstörung der demokratischen Institutionen sowie in der – direkten oder indirekten – Machtübernahme des Rechtspopulismus, der im Zeichen der Krise vollständig versagt. Dessen Konjunktur stützte sich unter anderem auf ein neues Sicherheitsversprechen an die vielzitierten Verlierer*innen der Modernisierung, gerade auch der neoliberalen. Doch genau die gesellschaftlichen Gruppen, die von der Politik der Flexibilisierung, Deregulierung, Privatisierung und Prekarisierung am stärksten betroffen sind, sind nun auch den Belastungen und Risiken der Corona-Pandemie besonders ausgeliefert; sei es, weil sie die Notstandsmaßnahmen mit ihren Familien in beengten Wohnverhältnissen aussitzen müssen, weil sie zu jenen Berufsgruppen gehören, deren Arbeit sich nicht ins Homeoffice verlagern lässt und mit erhöhter Infektionsgefahr einhergeht, oder weil Krankenversicherung und Gesundheitsversorgung für sie einfach gar nicht zur Verfügung stehen.

Galten die Märkte noch bis vor kurzem als unantastbar, der Staat als ineffizient und inkompetent und politische Intervention in die Wirtschaft als Teufelszeug, so wird nun von allen Seiten – auch von denen, die von der deregulierten Ökonomie am meisten profitiert haben – wie selbstverständlich Schutz und Hilfe vom Staat eingefordert. Der Markt hingegen – vor allem der globalisierte und liberalisierte – erweist sich derweil statt als der angeblich beste Mechanismus zur Verteilung öffentlicher Güter und zur Sicherung des gesamtgesellschaftlichen Wohlergehens einfach nur als besonders geeigneter Mechanismus zur Bereicherung bestimmter Teile der (globalen) Gesellschaft bei gleichzeitiger Marginalisierung und Ausbeutung anderer Teile. Und wurde bisher noch davon ausgegangen, dass die Politik in funktional ausdifferenzierten Gesellschaften nur sehr eingeschränkt koordinations- und steuerungsfähig ist, erzwingt sie plötzlich Maßnahmen, die im Normalbetrieb unvorstellbar wären, die im Zeichen des Virus aber breite gesellschaftliche Unterstützung finden. Ganz selbst-

verständlich stellt der Staat nun die individuellen Freiheitsansprüche der Bürger*innen zurück. Im Namen des Gemeinwohls fordert er Verzicht, Selbstdisziplin, Solidarität, Einsicht und Mündigkeit ein. Die Unterscheidung zwischen privat und öffentlich wird plötzlich durchlässig, und es wird voll anerkannt, dass das Private und Privatisierte – etwa das persönliche Reise- oder Partyverhalten – in hohem Maße öffentlichkeitsrelevant und daher unbedingt politisch und zu regulieren ist. Ganze Berufsgruppen, die bisher wenig geachtet und schlecht bezahlt wurden, werden plötzlich als *systemrelevant* erkannt und als *Held*innen des Alltags* gefeiert. Nicht nur im Pflegesektor sondern auch in der Landwirtschaft wird plötzlich die Abhängigkeit von ausländischen Billigkräften thematisiert. Sogar die globalisierte Arbeitsteilung, die endlosen Zuliefer- und Transportketten sowie der internationale Massentourismus stehen zur Diskussion. Und verantwortliche Regierungen tun im Zeichen des Virus genau das, was sie Umweltaktivist*innen wie Greta Thunberg und Fridays for Future sonst gern als Panikmache und Hysterie vorwerfen: Sie malen Horrorszenarien an die Wand, um die Bürger*innen zu Verhaltensänderungen zu bewegen, die anders kaum zu erreichen sind. Was im Klimanotstand eben noch unangemessen und unmöglich erschien, ist im Corona-Notstand offenbar plötzlich legitim und notwendig. Klarer denn je wird damit: Bei der zögerlichen Umwelt- und Klimapolitik ging es entgegen aller anderslautenden Bekenntnisse all die Jahre nie wirklich um *nicht können*, sondern ganz wesentlich auch um *nicht wollen*, also um gegenläufige Präferenzen und Prioritäten. Ist diese Erkenntnis nicht ein Trumpf in der Hand der Klimabewegung?

Hoffnungserzählungen

Diese Repolitisierung könnte tatsächlich transformativ wirken, und entsprechend haben jetzt wieder überall Hoffnungsnarrative Konjunktur. Sie setzen unmittelbar da an, wo das Feuilleton und aktivistische Nachhaltigkeitsforscher*innen aufgehört hatten, als sie die Erfolge – die erreichten und die erwarteten – von Greta Thunberg und Fridays for Future feierten. Viele wollen jetzt positiv sein, Mut machen, sich konstruktiv zeigen, praktikable Lösungen anbieten, Forschungsgelder akquirieren, Unterstützung mobilisieren – und vor allem auf gar keinen Fall pessimistisch erscheinen. All das ist in Situationen der akuten Krise in

der Tat essentiell, führt aber auch leicht dazu, dass der klare Blick auf die empirischen Realitäten verloren geht: »Wir sehen, wie die Welt zusammenkommen kann, um gemeinsam gegen eine globale Bedrohung vorzugehen und um die Verletzlichen unter uns zu schützen«, heißt es etwa in einer Stellungnahme von Greenpeace. »Harnessing a new sense of solidarity, citizens of states and cities will rise to face the enormous challenges ahead such as climate change and transforming our era of historic inequality into one of economic inclusion«, schreibt ein Professor für Politikwissenschaft von der Harvard University.

Ganz in diesem Sinne wird nun mehr Wertschätzung für die jetzt als *systemrelevant* eingestuften Berufe in Aussicht gestellt, ebenso wie für die meist von Frauen und oft unbezahlt geleistete Fürsorge- und Pflegearbeit. Die Dominanz des individual-wettbewerblichen, postgesellschaftlichen Denkens sei an ihr Ende gekommen. Von der Rückkehr der Gesellschaft jenseits von Differenzierung, Fragmentierung und Singularisierung ist die Rede. Die Rekonfiguration beschleunigter und sozial-ökologisch auszehrender Lebensweisen wird vorhergesehen. Eine Abwendung vom Massenkonsum und die Rückbesinnung auf das Einfache und Wesentliche, auf *verschüttete Werte*, seien nun denkbar. Der Abschied von der Marktgesellschaft und die Überwindung von gesellschaftlicher Spaltung und Polarisierung seien möglich, und die Solidarität habe eine ganz neue Zukunft. Massive Investitionen in öffentliche Infrastruktur, Versorgungssysteme und einen neuen *Vorsorgestaat* werden erwartet. Eine grundlegende Aufwertung der Politik gegenüber dem Markt, von wissenschaftlichen *facts* gegenüber populistischem *fake*, und des Öffentlichen gegenüber dem Privaten zeichne sich ab. Als *heilsamer Schock* werde die Pandemie wirken. Das Vertrauen in politische Institutionen werde zurückkehren. Der Multilateralismus und die internationale Zusammenarbeit würden wieder gestärkt. Eine gewisse Deglobalisierung, Entdifferenzierung der internationalen Arbeitsteilung, mehr Eigenständigkeit der nationalen Wirtschaften sowie eine Regionalisierung der Produktion und Märkte seien wahrscheinlich; und vor allem ein Ende der neoliberalen Hybris, dass man aus der Gemeinschaft aussteigen, sich entsprechender Verantwortlichkeiten entledigen und sich so neue Freiräume für ein gutes Leben erschließen könne.

All das war in den unzähligen Titelgeschichten, Dossiers und Sonderbeilagen der verschiedenen Zeitungen und Magazine, in denen gerade in den ersten Wochen der Corona-Krise fast jede*r von Rang und

Namen Orientierung gab, überreichlich zu lesen. In der Summe klang das nach der umfassenden Abkehr von praktisch allem, was in diesem Buch als charakteristisch für die *Gesellschaft der Nicht-Nachhaltigkeit* beschrieben ist, nach einer radikalen Umkehrung des nachhaltigkeitspolitischen *Paradigmenwechsels*, der spätestens mit der Wahl von Donald Trump unübersehbar geworden ist. Eine alte Welt sei im Zeichen des Corona-Virus an ihr Ende gekommen, und eine neue werde sich nun entfalten.

Die Sehnsucht, dass all dies wahr werden möge, ist groß; die Bereitschaft, derartigen Prophezeiungen zu folgen, ebenfalls. Mit Blick auf die Nachhaltigkeitswende wäre all dies ein Geschenk. Die Gelegenheit für eine sozial-ökologische Transformation scheint gigantisch. Und zumindest einige dieser Hoffnungen sind sicher auch nicht gänzlich unbegründet. Aber Zweifel sind unbedingt angebracht. Warum sollte die Transformation gerade jetzt gelingen? Was ist mit Corona sichtbar geworden, das nicht auch vorher schon gründlich dokumentiert, erforscht und publiziert worden wäre? Was genau ist jetzt so grundlegend anders, dass es diese transformative Kraft entfalten könnte? Die zerstörerischen Folgen des Neoliberalismus waren doch längst bekannt. Ähnlich wie beim Klimawandel liegen umfassende und belastbare Daten seit langem vor, und die Analysen ihrer Implikationen sowie der absehbaren Entwicklungstrends ebenfalls. Zudem ist die Corona-Pandemie nach der Banken-, Finanz- und Eurokrise ab 2008, der Flüchtlingskrise ab 2015 und der Klimakrise, die zumindest in der gesellschaftlichen Wahrnehmung 2019 einen vorläufigen Höhepunkt erreichte, innerhalb weniger Jahre bereits die vierte wesentliche Krise, die unsere Gesellschaften erschüttert. Jedes Mal war da von den katastrophalen Konsequenzen und dem Ende des Neoliberalismus die Rede, vom bevorstehenden Zusammenbruch des Kapitalismus und vom notwendigen Übergang zur demokratischen Postwachstums-gesellschaft. Immer wurde das radikale Umdenken und der gesellschaftliche Wertewandel beschworen, und die präfigurative Politik der Pionier*innen des Wandels, die die sozial-ökologische Transformation bereits einleiten würden. Ungezählte Studien beleuchteten das neue *commoning*, die wiedergefundene Solidarität, das *capacity building* für die große Transformation und Experimente mit neuen Praktiken der Nachhaltigkeit – ganz zu schweigen von all den technologischen Innovationen, die diesen Kulturwandel erleichtern und beschleunigen soll-

ten. Aber nichts davon hat die Logik der Nicht-Nachhaltigkeit aus den Angeln gehoben. Warum also sollte das gerade jetzt gelingen?

Womöglich helfen die stetig erneuerten Hoffnungsnarrative vor allem darüber hinweg, dass es bisher weder angesichts der sozial-ökologischen Zerstörungskraft des neoliberalen Konsumkapitalismus noch angesichts des illiberalen und demokratiefeindlichen Rechtspopulismus gelungen ist, eine Vorstellung einer alternativen Gesellschaft zu entwerfen, die tatsächlich transformative Mobilisierungskraft entwickeln und eine Aussicht auf praktische Umsetzbarkeit eröffnen könnte. An dieser Aufgabe sind Occupy Wallstreet und seine europäischen Ableger gescheitert, obwohl sie 99 Prozent der Bevölkerung gegen nur ein Prozent auf ihrer Seite sahen. Das ist bei der Flüchtlingskrise nicht gelungen, die statt einer gerechteren und solidarischen Weltgesellschaft den Weg zu ebnen, die Konjunktur des ausgrenzenden Rechtspopulismus befeuerte. Und das hat auch die neue Klimabewegung nicht geschafft, die mit ihrer wissenschafts- und staatszentrierten Fixierung auf das 1,5-Grad-Ziel nur wenig *alternativgesellschaftliche* Vorstellungskraft entwickelt hat. Immer behielt die etablierte Ordnung der Nicht-Nachhaltigkeit die Oberhand. Immer blieb sie letztlich attraktiver. Auch hier war es bezüglich der großen Transformation wohl nicht einfach eine Frage des *Nicht-Könnens*, sondern – natürlich uneingestanden – zumindest auch eine des *Nicht-Wollens*. Und auf sonderbare Weise führten diese früheren Krisen sogar immer zur Stärkung der Ordnung der Nicht-Nachhaltigkeit: Die Finanz- und Eurokrise führte mit ihrer drakonischen Austeritätspolitik zu einem nachhaltigen Rückbau der Sozialsysteme und einer massiven gesellschaftlichen Umverteilung des Reichtums von unten nach oben. Die Flüchtlingskrise schuf mit dem Rechtspopulismus einen mächtigen politischen Akteur, der seit her – gegebenenfalls aus der Opposition heraus – höchst effektiv alle Bemühungen um sozialen Ausgleich und Integration, um eine Klima- und Nachhaltigkeitswende und um internationale Solidarität verhindert. Und die neue Klimabewegung um Greta Thunberg hat, ohne dies beabsichtigt und vorhergesehen zu haben, erheblich zur Verhärtung der jeweiligen Positionen sowohl bei den dringenden Befürworter*innen als auch bei radikalen Gegner*innen einer effektiven Klimapolitik beigetragen, so dass sich nun ausgerechnet marktliberale Parteien wie die deutsche FDP als Schutzschild gegen die politischen Extreme und als Retter der liberalen Demokratie inszenieren.

Vor diesem Hintergrund sind die Hoffnungserzählungen, die nun wieder angeboten werden, wirklich mit großer Skepsis zu betrachten. Sie sind ein wohlbekanntes und vorhersagbares Phänomen. Sie mögen zunächst trösten und Mut machen, sind erfahrungsgemäß aber nicht lange haltbar und werden von der praktischen Politik kaum bestätigt. Aus psychologischer Hinsicht sind diese Narrative unverzichtbar. Aus aktivistisch-mobilisierungstaktischer Perspektive vielleicht auch. Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive aber sind sie mitunter unverantwortlich, vor allem, wenn sie den klaren Blick auf die realgesellschaftlichen Verhältnisse und die Erfahrungen früherer Krisen vernebeln. Gerade im Moment, wo es unerwartet vielleicht noch einmal ein Gelegenheitsfenster für echte Veränderungen gibt, ist es entscheidend, sich nicht erneut zu trösten und beruhigen, um dann ein weiteres Mal alles beim Alten zu belassen. Das gilt umso mehr, als die radikale Denormalisierung im Notstand eben nicht nur für ökologisch-demokratische Bewegungen ein Gelegenheitsfenster bietet, sondern auch für die weitere Verfestigung der etablierten Nicht-Nachhaltigkeit.

Simulative Politik

Entscheidend an der Corona-Pandemie und das wirklich Neue am gegenwärtigen Notstand ist, dass sie exponieren, wie fest und notwendig die Freiheitsverständnisse, Selbstverwirklichungsformen und Lebensstile, die große Teile moderner Gesellschaften für sich in Anspruch nehmen und als unverhandelbar betrachten, nicht nur *zwischen*gesellschaftlich – das hatte schon die Flüchtlingskrise deutlich gemacht – sondern auch *inner*gesellschaftlich auf der Ausbeutung, Ungleichheit und Exklusion großer sozialer Gruppen beruhen. Wenn im Corona-Notstand nun von *systemrelevanten* Berufen und Dienstleister*innen die Rede ist, die weder angemessen bezahlt noch gesellschaftlich gewürdigt werden, und die in unsicheren Anstellungsverhältnissen und unter inakzeptablen Arbeitsbedingungen ihren Lebensunterhalt verdienen müssen, dann gerät leicht aus dem Blick, dass diese Verhältnisse nicht zufällig und gleichsam *aus Versehen* entstanden sind. Der prekarierte und flexibilisierte Niedriglohnsektor ist ebenso wie die Welt der *Ich-AGs* und jetzt bedrohten *Solo-Selbstständigen* vielmehr gezielt geschaffen worden, so wie auch der Abbau der wohlfahrtstaatlichen Sicherung systematisch betrieben worden ist. Damit sollten die Wettbewerbs-

fähigkeit, Profitabilität und Renditen gesichert, die Staatsausgaben gesenkt und weitere Steuererleichterungen ermöglicht werden. Das System und diejenigen, denen es zu Wohlstand und Reichtum verhilft, betreiben und schüren die Ungleichheit und Exklusion der *Systemrelevanten* also systematisch. Die sogenannte Effizienz, Produktivität und Profitabilität des Systems ist auf genau dieser Ungleichheit und Exklusion aufgebaut. Sie sind für das System und das gute Leben derer, die von ihm profitieren, konstitutiv. Unterbezahlung, Ausbeutung, Ungleichheit und Exklusion sind also nicht weniger *systemrelevant* als die Berufsgruppen, die jetzt so bezeichnet werden. Und das Gleiche gilt für die Globalisierung der Märkte, die internationale Arbeitsteilung, die Beschleunigung und die Entsolidarisierung. Schon ihre vorsichtige Korrektur, ganz zu schweigen von ihrer etwaigen Umkehrung, würde nicht nur das Wirtschaftssystem, sondern die gesamte Ordnung und Lebensweise moderner Gesellschaften auf den Kopf stellen.

Entsprechend sind die Hoffnung und das Versprechen, dass die jetzt als *Held*innen des Alltags* Titulierten in Zukunft angemessen bezahlt und ihre Arbeitsverhältnisse nennenswert verändert würden, wenig plausibel. Genau genommen ist das Bekenntnis, den *systemrelevanten* Gruppen nun eine angemessene Wertschätzung zuteilwerden zu lassen, ein Ding der Unmöglichkeit, solange moderne Gesellschaften weiterhin mit aller Entschiedenheit verteidigen, was sie gern pathetisch als *unsere Freiheit, unsere Werte und unseren Lebensstil* bezeichnen. Und ebenso unmöglich sind dann die in Aussicht gestellte neue Solidarität oder eine Entschleunigung. Denn diese Freiheit, diese Werte und dieser Lebensstil beruhen eben unverzichtbar auf dem Prinzip der Entsolidarisierung, Ausbeutung und Exklusion. Und ihre bedingungslose Verteidigung impliziert, so wie es in diesem Buch gründlich ausgeführt wird, dass *ein gutes Leben für alle* einfach nicht zur Debatte steht.

Der Corona-Notstand ist aus dieser Perspektive betrachtet weit mehr als eine Krise der öffentlichen Gesundheit; hier wird eine sozialpsychologische Pathologie viral, eine kognitive Dissonanz: Corona zerrt ans Licht und repolitisiert, was in diesem Buch als der Widerspruch zwischen *Weiter so auf keinen Fall!* und *Weiter so um jeden Preis!* thematisiert wird. Im Zeichen des Virus erleben wir den zumindest temporären Zusammenbruch der Strategien, mit denen dieser Widerspruch gesellschaftlich erträglich gehalten wird. Aus soziologischer und sozialpsychologischer Sicht müssen die nun blühenden Hoffnungsnarrative daher wohl vor allem als Bewältigungsdiskurse verstanden wer-

den, die nicht etwa eine Transformation der Gesellschaft vorzeichnen, sondern vielmehr den Fortbestand der bestehenden Ordnung ermöglichen. Sie reagieren auf eine grundlegende Inkompatibilität zwischen sorgfältig gepflegten Selbstbeschreibungen und Selbstverständnissen moderner Gesellschaften und ihren völlig gegenläufigen aber nicht zur Diskussion stehenden Wertepreferenzen, Lebensstilen und Selbstverwirklichungsmustern.

In diesem Sinne ist der Corona-Notstand vielleicht weniger die Stunde der großen Transformation als die der symbolischen oder genauer *simulativen* Politik. In diese Kategorie fallen das Prädikat *systemrelevant*, der allabendliche Applaus für die *Held*innen des Alltags*, die einmalige Sonderzulage für bestimmte Berufsgruppen, die Handvoll Intensivbetten für Corona-Patient*innen aus dem Ausland oder die Aufnahme einiger Flüchtlingskinder aus dem überfüllten Lager auf Lesbos. Das ist aber nicht symbolische Politik im hergebrachten Sinne der strategischen Täuschung der Massen durch selbstinteressierte Eliten, sondern es ist *simulative* Politik, die eher auf kollektive Selbsttäuschung zielt, darauf, bestimmte Selbstverständnisse und Wertorientierungen praktisch erlebbar zu machen, ohne dabei die gegenläufigen aber auf keinen Fall zur Diskussion stehenden Präferenzen – eben *unsere Freiheit, unsere Werte und unseren Lebensstil* – aufgeben zu müssen. Für die Ordnung der Nicht-Nachhaltigkeit ist diese simulative Politik ebenso systemrelevant wie die jetzt in den Blick rückenden *Held*innen des Alltags* und deren systematische Unterbezahlung. Entsprechend ist sicher zu erwarten, dass der Notstand Maßnahmen wie etwa die Erhöhung der Mindestlöhne oder einen vorläufigen Stopp für den seit Jahren betriebenen Abbau angeblich überzähliger Krankenhausbetten nach sich ziehen wird. Maßnahmen, die tatsächlich die Logik der Nicht-Nachhaltigkeit suspendieren würden, sind aber sehr viel weniger wahrscheinlich.

Sehnsucht nach Normalität

Das deutet sich nicht zuletzt in den Forderungen nach einer schnellen Rückkehr zur Normalität an, nach der zügigen Wiederherstellung der vorübergehend beschränkten Freiheiten. Dass genau diese Normalität und diese Verständnisse von Freiheit – gemeint sind dabei natürlich nicht z.B. die Versammlungs- oder die Demonstrationsfreiheit – schon

seit Jahren von Umweltbewegungen und der Klima- und Nachhaltigkeitsforschung als völlig unhaltbar, katastrophal und unbedingt transformationsbedürftig kritisiert werden, klingt bei solchen Forderungen nicht sehr hörbar mit. Dass zuletzt sogar das Europäische Parlament genau diese vor-coronale Normalität ihrerseits als Notstand bezeichnet hatte, und dass statt einer *Renormalisierung* nun also eigentlich ein tiefgreifender Umbau der Wirtschaft und eine umfassende Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums geboten wären, ebenso wie eine neue, sozial und ökologisch wertschätzende Bepreisung aller Konsumgüter und eine grundlegende Neuverhandlung der Freiheitsverständnisse und Berechtigungsansprüche, die gerade von privilegierten Teilen der Gesellschaft gepflegt werden, gerät hier schon wieder aus dem Blick.

Stattdessen werden große Rettungsschirme aufgespannt und riesige Sicherungspakete geschnürt. Sie sind dringend erforderlich, um den Menschen aus ihrer unmittelbaren Not und ökonomischen Verzweiflung zu helfen. Sie markieren auch durchaus einen Bruch mit früheren Rettungsschirmen, die nur über strauchelnde Banken gebreitet wurden, weil die für *too big to fail* und *too big to jail* gehalten wurden. Aber letztlich zielen sie wiederum darauf, die bestehende Ordnung zu stabilisieren – und die Repolitisierung der Grundprinzipien, auf denen sie beruht, unter Kontrolle zu halten. Sie fungieren gewissermaßen als der materielle Gegenpart zur psychologischen Beruhigung durch die Hoffnungserzählungen der großen Transformation. Sie werden bereitgestellt und verteilt von genau den politischen Eliten, die zuvor die neoliberale Transformation und die Austeritätspolitik betrieben haben. *Koste es, was es wolle*, hatte bereits der damalige EZB-Chef Draghi gesagt, als es darum ging, die Banken und den Euro zu retten. Genau das ist auch jetzt wieder das ausdrückliche Leitprinzip. Es lässt sich unschwer übersetzen in *Weiter so um jeden Preis*. Konjunkturprogramme, Investitionspakete, Steuersenkungen und Spardiktate werden absehbar folgen. Sicher wird man sich bemühen, dabei auch Aspekte der Nachhaltigkeit zu berücksichtigen, aber im Wesentlichen wird es wohl darum gehen, ein weiteres Mal das Wachstum und den Konsum anzukurbeln. Das Überangebot an billigem Rohöl wird dabei sicher eine wichtige Rolle spielen, und auch die erneute Unterstützung für die Luftfahrt- und Autoindustrie deuten nicht auf einen Paradigmenwechsel und eine neue Welt, sondern auf den Versuch, ein weiteres Mal die alten Rezepte wiederzubeleben, die eigentlich längst totgesagt waren – mit all den

wohlbekannten Konsequenzen, von denen sich die Wachstumswirtschaft eben nicht entkoppeln lässt.

So bringt der Corona-Notstand neben den Gedankenspielen zu einer sozial-ökologischen Transformation auch die Möglichkeit, den längst vorhergesagten Zusammenbruch des Kapitalismus noch einmal zu verschieben. Schon seit der Bankenkrise kann dieses System nur durch die auf Dauer gestellten Notmaßnahmen der Notenbanken am Leben erhalten werden. Aber die neuen Rettungsschirme und Konjunkturprogramme bringen nun wohl eine weitere Periode *gekaufter Zeit*. Denormalisierung und Repolitisierung sind eben keine Einbahnstraße: Ebenso wie Corona ein Gelegenheitsfenster für eine progressive Politik der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit bieten könnte, ist der Notstand auch eins für die Erneuerung der Ökonomie und Gesellschaft der Nicht-Nachhaltigkeit; und die Zeche könnten ein weiteres Mal diejenigen zahlen, die schon die Leidtragenden des Neoliberalismus waren und die durch die gigantischen Belastungen der Corona-Schulden dann endgültig um ihre Zukunftsperspektiven gebracht werden. Tatsächlich ist dieses Szenario wohl wahrscheinlicher als die Prophezeiungen der Hoffnungsnarrative: Corona als Treibsatz für einen gesellschaftlichen Strukturwandel, der die Prinzipien der Nicht-Nachhaltigkeit noch fester verankert als zuvor. Und dieses Szenario würde Öl ins Feuer des Rechtspopulismus gießen, der im Moment zwar nichts Konstruktives zur Krisenbewältigung beizutragen hat, dessen Speerspitzen aber nur darauf warten, die Corona-Verlierer*innen später einzusammeln. Tatsächlich ist massive Mobilisierung von rechts auch deswegen zu befürchten, weil die Corona-Pandemie den Zusammenbruch ganzer Wirtschaften und Staaten samt der gewaltsamen Konflikte und Migrationswellen, die mit solcher Destabilisierung oftmals einhergehen, bewirken könnte. Dem Projekt der demokratischen, sozial-ökologischen Transformation würde das vielleicht endgültig den Garaus machen. Und zumindest bisher hätten die emanzipatorischen Bewegungen dem nicht viel entgegenzusetzen.

Soziologie der Nicht-Nachhaltigkeit

Im Zeichen des Virus wird eine Soziologie der Nicht-Nachhaltigkeit also noch wichtiger als zuvor. Sie kann und soll die etablierte Umweltsoziologie und Nachhaltigkeitsforschung nicht ablösen, aber sie muss sie in

wichtigen Bereichen ergänzen. Ihre außergewöhnliche Dringlichkeit ergibt sich in der gegenwärtigen Konstellation daraus, dass moderne Gesellschaften nach den Erkenntnissen der Klimawissenschaft ohnehin nur ein sehr kurzes Zeitfenster hatten, um eine katastrophale Erderwärmung zu verhindern und eine sozial-ökologische Transformation zu vollbringen. Dieses Zeitfenster wurde in den vergangenen Jahren nicht konstruktiv genutzt. Die Corona-Pandemie könnte nun sehr leicht dazu führen, dass diese letzte Chance endgültig verstreicht. Zwar säubern der Einbruch der Wirtschaft und die Demobilisierung der Bürger*innen derzeit spürbar die Luft, so dass einige Länder ihre Klimaschutzziele vielleicht doch noch erreichen können. Die erzwungene Konsumreduktion vermindert auch den Rohstoffverbrauch und bietet Gelegenheit zur Besinnung auf *verschüttete Werte*. Aber die Negativ-Effekte zeichnen sich bereits deutlich ab: Die Pandemie bewirkt eine deutliche Refokussierung auf den Nationalstaat, schwächt die internationale Solidarität und bewirkt massive Anstrengungen für die Wiederbelebung der Wachstums- und Konsumwirtschaft. Sie heizt soziale Verteilungskämpfe erneut an, wird die soziale Ungleichheit und Spaltung voraussichtlich erheblich verstärken, dadurch anti-ökologischen und anti-demokratischen Bewegungen weiteren Auftrieb geben, und mit alldem die Ordnung der Nicht-Nachhaltigkeit erneut befestigen.

Gerade in dieser Konstellation der Unsicherheit und Orientierungssuche muss die Soziologie der Nicht-Nachhaltigkeit daher sichtbar machen, welche Parameter die notstandsbedingte Repolitisierung und Neuverhandlung vieler Glaubenssätze bestimmen, die plötzlich wieder zur Diskussion stehen. Das sind nicht primär die *verschütteten Werte*, die in Zeiten des Notstands mitunter wiederentdeckt werden, sondern über längere Zeiträume verfestigte Gesellschaftsstrukturen, Machtverhältnisse und Wertepräferenzen. Bezüglich der Herrschaftsstrukturen und Machtverhältnisse hat die kritische Soziologie viel geleistet, was die Umweltsoziologie aufnehmen kann. Aber in Bereichen wie der Gesellschaftstheorie und der politischen Kultur, d.h. der sich verändernden Wertepräferenzen, Identitätsideale, Subjektivitätsbegriffe, Selbstverwirklichungsmuster oder Vorstellungen von Freiheit und Emanzipation hat die sozialwissenschaftliche Nachhaltigkeitsforschung erhebliche Defizite. Hier muss die Soziologie der Nicht-Nachhaltigkeit noch sehr viel gründlicher ausleuchten, warum eine sozial-ökologische Transformation bisher noch nicht stattgefunden hat

– und auch jetzt nicht unbedingt wahrscheinlich ist. Sie muss sichtbar machen, dass die Ordnung der Nicht-Nachhaltigkeit sich längst nicht mehr allein auf die Macht der Eliten und die Repressionskräfte des Kapitalismus stützt, sondern eine breite gesellschaftliche Zustimmung findet und mehrheitsdemokratisch legitimiert ist. Darüber hinaus muss die Soziologie der Nicht-Nachhaltigkeit sich sehr viel ausführlicher mit den Mechanismen und Praktiken befassen, mit deren Hilfe die Spannung zwischen sorgsam gepflegten Selbstbeschreibungen auf der einen Seite und der eisern verteidigten Nicht-Nachhaltigkeit auf der anderen Seite gesellschaftlich erträglich gemacht wird. Denn diese Praktiken sind ein konstitutiver Teil der Politik der Nicht-Nachhaltigkeit – was die derzeitige Konjunktur der Hoffnungsnarrative wieder deutlich illustriert.

Dass die Soziologie der Nicht-Nachhaltigkeit auch Abwehrreaktionen auslöst, versteht sich von selbst. Wenn grundlegende Annahmen der kritischen Soziologie, der innovations- und technologieorientierten Lösungsliteratur und der aktivistischen Bewegungsnarrative ihrerseits kritisch zur Diskussion gestellt werden, können solche Reaktionen nicht ausbleiben. Der in diesem Buch ausgeführte Verdacht etwa, dass die hergebrachten Lösungs- und Hoffnungsdiskurse möglicherweise selbst einen Beitrag zur Stabilisierung der Nicht-Nachhaltigkeit leisten; der Zweifel an den in der Nachhaltigkeitsdebatte immer noch verbreiteten Entfremdungs- und Befreiungstheoremen oder der Fokus auf die privilegierte, sich oft als besonders umweltbewusst verstehende bürgerliche Mittelklasse als wesentliche Akteurin der Nicht-Nachhaltigkeit sind für die jeweils Angesprochenen natürlich schwer verdaulich. Gegenüber allzu vorschnellen Einwänden ist aber festzuhalten, dass die Kritik an den gängigen Lösungs- und Hoffnungsdiskursen keineswegs unbedingt *pessimistisch* und erst recht nicht *unkonstruktiv* ist. Ebenso wenig ist die Kritik an den entgrenzten Freiheitsverständnissen gewisser Teile der Gesellschaft notwendig *anti-emanzipatorisch*. Die Analyse sich verändernder Subjektivitätsverständnisse und ihrer nachhaltigkeitspolitischen Implikationen hat auch nichts mit *Kulturkonservatismus* zu tun, ebenso wie die Diagnose konsumbasierter Selbstverwirklichungsmuster noch kein Plädoyer für *Askese* bedeutet. Und erst recht ist die Untersuchung der nachhaltigkeitspolitischen Schwächen bestimmter Verständnisse von Demokratie nicht sogleich *anti-demokratisch* oder gleichzusetzen mit der Fürsprache für autokratische oder gar autoritäre Ansätze.

In vielfältigen Gesprächen und Diskussionsrunden zu diesem Buch sind all dies immer wiederkehrende Argumentationsmuster. Gerade diese vereinfachenden Gegenüberstellungen sind aber nicht nur schlicht falsch; letztlich können sie auch als ein rhetorisches Instrument wirken, das die kritische Analyse in verfälschenden Dualismen zuspitzt und damit politisch neutralisiert. Sie schütten jeweils das Kind mit dem Bade aus und festigen so – beabsichtigt oder nicht – die Politik der Nicht-Nachhaltigkeit. In verschiedenen Kapiteln dieses Buches werden diese Abwehrargumente vorwegnehmend ausführlich thematisiert. Trotzdem haben einige in der Analyse der nachhaltigen Nicht-Nachhaltigkeit gar die *Rhetorik der Reaktion* gewittert. Dieser Verdacht ist blanker Unsinn. Wenn er aber doch aufkommt, ist es umso wichtiger, hier noch einmal klarzustellen, dass hergebrachte Annahmen und Narrative der Nachhaltigkeitsliteratur in diesem Buch ausschließlich in Frage gestellt werden, um zu prüfen, ob und wie sie vielleicht selbst zur Stabilisierung der nachhaltigen Nicht-Nachhaltigkeit beitragen. Letztlich geht es darum, diese Politik der Nicht-Nachhaltigkeit zu durchbrechen und die Möglichkeiten ihrer Repolitisierung voll auszuschöpfen. Neue Koalitionen für eine demokratische Transformation zur Nachhaltigkeit zu schmieden, ist im Zeichen des Virus vielleicht schwieriger denn je, aber es ist ganz sicher auch dringender denn je. Unvermeidlich geht das mit politischen Kämpfen einher, für die dieses Buch wichtige Grundlagen schafft.

Ingolfur Blühdorn
Wien, im April 2020